



vorwärts

HAMBURGER KURS

SCHWARZ-GRÜNE SCHULREFORM – REISE INS UNGEWISSE

Interview mit dem schulpolitischen Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Ties Rabe

Die schwarz-grüne Schulreform spaltet die Stadt. Initiativen kämpfen für und gegen die Schulpolitik. Viele Eltern sind verunsichert.

Was ist von dieser Schulreform zu halten?

Die Schulreform hat viele Teile: neuer Unterricht, mehr Hortplätze, kleinere Klassen und die Verlängerung der vierjährigen Grundschule zur sechsjährigen Primarschule. Vieles führt in die richtige Richtung. Die Primarschule hätte die SPD dagegen nicht eingeführt, denn sie bringt in Hamburg mehr Risiken als Chancen.

Hat sich die SPD Hamburg überhaupt mit dieser Idee befasst?

Gleich auf drei Landesparteitagen. Zuletzt im Juli 2008. Der von 95 Prozent der Delegierten beschlossene Antrag lautet: „Die im Koalitionsvertrag skizzierte Primarschule ist ein Irrweg. ... Ein Systemumbau in ein letztlich kontraproduktives Übergangssystem wie die Primarschule schluckt Kräfte und Ressourcen, die dringend für die Weiterentwicklung des Unterrichts gebraucht würden.“ Klarer geht's nicht.

Was will die SPD in der Schulpolitik?

Erstens: ein Programm für Chancengleichheit, um den vielen benachteiligten Schülern zu helfen. Dazu zählen Sprachförderung, schulische Nachhilfe, Abschaffung des Sitzenbleibens, Integration der Sonderschüler, Ganztagschulen und vieles mehr. Zweitens: kleinere Klassen und besseren Unterricht an allen Schulen. Der Unterricht soll nicht mehr für alle gleich sein, sondern individuell auf die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes abgestimmt werden. Drittens: Wir wollen das zersplitterte Hamburger Schulsystem zusammenführen, um gemeinsames Lernen in einer „Schule für alle“ auf den Weg zu bringen. Dazu werden wir Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen und engagierte Gymnasien zu neuen Stadtteilschulen zusammenführen.

Bedeutet die Primarschule nicht auch gemeinsames Lernen?

Eindeutig ja. Die Primarschule kann durchaus Verbesserungen in Hamburg bringen. Die Idee lehnt die SPD nicht ab. Aber verantwortungsvolle Politik muss abwägen, welche Chancen und

Risiken mit der Umsetzung einer Idee verbunden sind. Und diese Idee ist in Hamburg mit enormen Risiken verbunden.



SPD-Schulexperte Ties Rabe

Welche Risiken sind das?

Die soziale Spaltung der Stadt wird durch Nebenwirkungen der Reform vermutlich eher vertieft. Und die immensen Umbau- und Organisationskosten für 400 Schulen werden alle anderen Schulreformen auf Jahre hinaus blockieren.

Die soziale Spaltung soll doch durch die Primarschule überwunden werden?

Die neuen Primarschulen müssen und werden unterschiedliche Angebote entwickeln - und auseinander driften: Hält diese Entwicklung an, werden Kinder aus ärmeren und wohlhabenderen Elternhäusern zukünftig schon ab der ersten Klasse getrennt und nicht gemeinsam lernen - weil ihre Eltern sie nämlich zu verschiedenen Primarschulen schicken.

Nebenbei wird die geplante Abschaffung des Elternwahlrechtes dazu führen, dass in weniger wohlhabenden Stadtteilen wie Billstedt, Hamm und Neuallermöhe die Gymnasien geschlossen

werden. Bislang werden gerade dort viele Schüler auf Wunsch der Eltern auch ohne Gymnasial-Empfehlung aufgenommen. Fehlen diese Schüler, weil das Elternwahlrecht abgeschafft wird, werden diese Schulen wegschrumpfen. Dann stehen Gymnasien nur noch in wohlhabenden Stadtteilen.

Am schlimmsten aber sind die Auswirkungen auf die Stadtteilschule...

Sie sollte in Hamburg der Start für eine Schule „für alle“ werden und nach dem Vorbild der integrierten Gesamtschulen von Klasse 1 bis Klasse 13 allen Kindern durch gemeinsames Lernen alle Bildungsabschlüsse bis zum Abitur ermöglichen. Aber durch die Primarschulpläne wird die Stadtteilschule in vielen Fällen zur unattraktiven Restschule von Klasse 7 bis 10 geschrumpft. Gerade Kindern mit geringen Chancen, denen die Stadtteilschule neue Wege eröffnen sollte, wird so der Weg zu besseren Schulabschlüssen erschwert.

Und welche Organisationsprobleme sind zu erwarten?

Über 100 Grundschulgebäude sind für eine Primarschule schlicht zu klein. Die immensen Baukosten - sicher mehrere hundert Millionen Euro - werden jahrelang für sinnvollere Schulreformen fehlen. Die knappen Haushaltsmittel sollte man aber lieber in besseren Unterricht investieren statt in Baumaßnahmen.

Wegen der enormen Raumprobleme will die Schulbehörde 60-70 kleinere Grundschulen zu großen Primarschulen zusammenzulügen - mit getrennten Gebäuden. Man plant solche Patchwork-Schulen mit Standorten, die bis zu sechs Kilometer auseinander liegen. Wanderlehrer und Wanderschüler mit erheblichen organisatorischen Problemen wären die Folge. Das belastet gutes Lernen erheblich.

Und in drei Jahren nach der Wahl drehen wir alles zurück?

Das muss die Partei dann entscheiden. Meine Meinung: Heute Hü und morgen Hott, jeden Tag eine neue Schulreform - das ist in der Schulpolitik üblich geworden. Wir dürfen so nicht weitermachen. Schüler, Eltern und Lehrer sind keine Versuchskaninchen und Schule ist kein Experimentallabor. ■

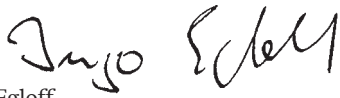
LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

in wenigen Tagen findet die Wahl zum Europaparlament statt. Dann werden wir sehen, dass es sich lohnt zu kämpfen und eine von anderer Seite eher vernachlässigte wichtige Wahl ernst zu nehmen. Knut Fleckenstein, unser Hamburger Kandidat, hat auf vorbildliche



Weise gezeigt, wie man Wahlkampf macht. Ich bin sicher, dass wir am Abend des 7. Juni den Lohn seiner harten Arbeit werden feiern können.

Nach dem 7. Juni gehen wir dann nahtlos über in den Bundestagswahlkampf, dessen Vorbereitung hier bei uns in Hamburg schon seit einiger Zeit läuft. Wir sind gut aufgestellt, personell wie auch programmatisch, um als Stadtstaat unseren Beitrag für eine von Frank-Walter Steinmeier geführte Bundesregierung zu leisten. Wahlkampf ist auch immer die Zeit, sich unterzuhaken, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen, hinaus auf die Straßen zu gehen, um sich zu zeigen und für die besseren Ideen zu werben. Das können wir, und ich freue mich auf den heißen Sommer.

Euer

 Ingo Egloff

SPD-HAFENRUNDFAHRT ZUM HAFENGEURTSTAG EIN VOLLER ERFOLG



Rund 240 Genossinnen und Genossen haben an der ersten Hafensrundfahrt zum Hafengeburtstag teilgenommen. Bei strahlendem Sonnenschein und einer leichten Brise schipperten die Genossen durch den Hafen und führten bei bestem Wetter viele angeregte Gespräche. Sie alle haben dazu beigetragen, dass es im nächsten Jahr eine Wiederholung geben wird - der Hafensrundfahrt. Wir freuen uns darauf!

Europa-Stimmzettel

LISTE 2 FÜR KNUT FLECKENSTEIN

Stimmzettel
für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009
im Land Hamburg
Sie haben **1** Stimme

(X)
↓
Bitte hier ankreuzen!

1	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands - Liste für das Land Hamburg - 1. Birgit Schnieper-Jastram, Senatorin a.D., Hamburg (HH) 2. Bettina Machaczek-Steff, Angestellte, Hamburg (HH) 3. Agnes Wleczarek, Studentin, Hamburg (HH)	<input type="radio"/>
2	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Martin Scholz, Buchhändler, Wirmen (NW) 2. Evelyn Gellhardt, MfEP/Übersetzerin, Muffingen (BW) 3. Bernhard Hapky, MfEP/Ratenschaffender, Dortmund (NW) 4. Jutta Waag, MfEP/Wirtschafts- und Finanzberaterin, Herbolzheim (NW) 5. Wolfgang Kreisel-Böcker, MfEP/Landwirt, München (BY) 6. Bernd Lange, Abteilungsleiter, Burgdorf (NI) 7. Jutta Steierock, MdL/DBB-Regionvorsitzende, Ludwigshafen am Rhein (RP) 8. Udo Bollmann, MfEP/Politikwissenschaftler, Geilen (HE) 9. Dagmar Fleckenbach (Roth-Bekrendt), MfEP/Juristin, Potsdam (BE) 10. Jens Geier, Angestellter, Essen (NW)	<input checked="" type="radio"/>
3	GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Rebecca Hames, MfEP, Waddewitz (NI) 2. Reinhard Bärlocher, Politiker, Berlin (BE) 3. Heidemarie-Rose Rühl, MfEP, Stuttgart (BW) 4. Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler, Dörverden (NI) 5. Barbara Elisabeth Laebliker, Politologin/Sozialpädagogin, Berlin (BE) 6. Michael Cramer, MfEP, Berlin (BE) 7. Franziska Maria Keller, Studentin, Guben (BB) 8. Werner Gustav Schatz, Dipl.-Ingenieur, Berlin (BE) 9. Dr. Hejga Trügel, MfEP, Bremen (HE) 10. Martin Häusling, Biobauer, Bad Zwesten (HE)	<input type="radio"/>
4	FDP Freie Demokratische Partei - Gemeinsame Liste für alle Länder - 1. Dr. Silvana Koch-Mehrin, Unternehmensberaterin, Stuttgart (BW) 2. Alexander Graf Lambsdorff, Diplomat, Bonn (NW) 6. Alexander Pickart-Alvares, MfEP, Düsseldorf (NW) 7. Holger Kraemer, Bankkaufmann, Leipzig (SA)	<input type="radio"/>

Am 7. Juni wird gewählt - in Europa. Unser Hamburger SPD-Europakandidat Knut Fleckenstein macht seit Januar - früher als alle anderen Kandidaten - Wahlkampf: An rund 100 Veranstaltungen hat unser europaunermüdete Kandidat bisher teilgenommen, über 45 weitere Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Besuche werden noch folgen.

Es hat jedoch, was den Europa-Stimmzettel anbetrifft, an einigen Stellen Irritationen gegeben, die wir auflösen möchten. Uns haben besorgte Bürger angerufen und uns auch E-Mails geschickt, die davon berichteten, dass auf dem Stimmzettel Knut Fleckenstein nicht aufgeführt sei. Die Spitzenkandidatin der Hamburger CDU, Birgit Schnieper-Jastram, sei aber im Gegensatz auf dem Stimmzettel eingetragen.

Das stimmt. Ist aber nicht schlimm, denn:

Unter allen amtlich zur Europawahl zugelassenen Parteien hat sich die CDU für das Wahlverfahren "Landesliste" entschieden. Nach dem deutschen Europawahlgesetz können die Parteien nämlich Wahlvorschläge für ein Bundesland ("Landeslisten") oder als gemeinsame Liste für alle Länder ("Bundeslisten") aufstellen. Aus diesem Grund finden die Wahlberechtigten in Hamburg auf dem Stimmzettel in der Spalte für die CDU die Hamburger CDU-Kandidaten. In Baden-Württemberg sind an dieser Stelle die dortigen, also baden-

württembergischen CDU-Europakandidaten aufgeführt.

Die Bundes-SPD hat sich im Gegensatz dazu für das Wahlverfahren "Bundesliste" entschieden. Denn so ist transparent dargestellt, welche Kandidaten zuerst in das Europaparlament einziehen werden; unter Einbeziehung des Stimmenergebnisses im gesamten Bundesgebiet. Unser Europamann Knut Fleckenstein ist an 18. Stelle unserer SPD-Bundesliste gesetzt. Da aber aus Platzgründen das Bundes- und Landeswahlamt die Stimmzettel so konzipiert haben, dass nur die ersten 10 Kandidaten aufgeführt werden, ist Knut Fleckenstein nur nicht zu sehen, sehr wohl aber aufgeführt und ordentlich nominiert. ■

WAHLPARTY!



Das Finale des Europawahlkampfes wirft seine Schatten voraus. Am Abend des 7. Juni ist es soweit, im Kurt-Schumacher-Haus werden dann zahlreiche Genossinnen und Genossen sowie Gäste und natürlich unser Hamburger Spitzenkandidat Knut Fleckenstein den Ergebnissen entgegenfeiern. Zur Wahlparty sind alle herzlich eingeladen. Sie beginnt um 20:00 Uhr, Kurt-Schumacher-Allee 10. ■

TERMIN

GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND: DIE SOLIDARISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT.

Diskussion mit Ingo Egloff, Hubertus Heil und dem Hamburger SPD-Kandidaten für das Europaparlament Knut Fleckenstein

Dienstag, 2. Juni 2009, 19.00 Uhr
 Patriotische Gesellschaft, Kirchhof-Saal
 Trostbrücke 4 - 6, 20457 Hamburg

HSH NORDBANK

SPD beschließt Untersuchungsauftrag für Parlamentarischen Untersuchungsausschuss - Thomas Völsch Obmann der SPD-Bürgerschaftsfraktion - Einsetzung erfolgt im Juni

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat den Untersuchungsauftrag für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zu den Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank beschlossen. Der formale Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft soll im Juni erfolgen. SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss wird der Bürgerschaftsabgeordnete Thomas Völsch.

Weitere Mitglieder sind die Abgeordneten Dr. Peter Tschentscher, Elke Badde, Monika Schaal, Dr. Andreas Dressel, Metin Hakverdi, Stefan Schmitt und Andrea Rugbarth.

"Der PUA soll in erster Linie die Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank AG aufklären und die Verantwortung für diese Fehlentwicklungen untersuchen", sagte Völsch. Zugleich wolle die SPD im Untersuchungsausschuss untersuchen, was der Senat mit Blick auf die Entwicklungen innerhalb der ehemaligen Hamburger Landesbank unternommen hat, um das Vermögen der Stadt zu schützen.

Völsch sagte weiter, es seien im Geschäftsbetrieb der Bank offensichtlich Risiken eingegangen worden, deren Folgen den Bestand der Bank schließlich gefährdet hätten. Weiter sei zu fragen, ob und in wieweit der Anteilseigner Hamburg

- einschließlich Senat, Behörden, Unternehmen oder von Hamburger Seite benannte Aufsichtsratsmitglieder - darauf geachtet hat, dass die Interessen Hamburgs gewahrt werden. Der Untersuchungsauftrag umfasst rund 30 Fragestellungen und ist in fünf Komplexe gegliedert:

1. Ziele, Vorgaben und Methoden, mit denen die Geschäfte der HSH Nordbank betrieben wurden
2. Verantwortlichkeiten innerhalb der HSH Nordbank insbesondere für Ausbau und Betrieb des Kreditsatzgeschäfts und des internationalen Immobiliengeschäfts
3. Handeln, Einflussnahme und Wissen handelnder Personen
4. Information der Bürgerschaft und Öffentlichkeit
5. Schlussfolgerungen für die Zukunft

"Es geht auch darum, dass aus der Krise der HSH Nordbank die richtigen Lehren gezogen werden. Der Untersuchungsausschuss soll dem Parlament auch möglichst konkrete Vorschläge unterbreiten, um eine vergleichbar problematische Entwicklung zukünftig zu verhindern", sagte der SPD-Obmann. ■



Führt die SPD-Abgeordneten im Untersuchungsausschuss an: Obmann Thomas Völsch

THOMAS VÖLSCH

1990 bis 1994 Rechnungshof

1994 bis 1997 Finanz- und Haushaltsreferent der SPD-Bürgerschaftsfraktion

1997 bis 2004 Geschäftsführer der SPD-Bürgerschaftsfraktion

2004 bis 2006 Rechnungshof

Seit 2006 Behörde für Schule und Berufsbildung

Seit 2008 Mitglied der Bürgerschaft; Mitglied im Haushaltsausschuss und Sprecher für öffentliche Unternehmen

Trotz vollmundiger Ankündigung - KOSTENLOSES LETZTES KITA-JAHR DOCH NICHT FÜR ALLE

Die Kita-Expertin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Carola Veit hat dem Senat vorgeworfen, die Öffentlichkeit und Bürgerschaft beim Thema "Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr" getäuscht zu haben: "Die einschränkende Formulierung, die die Eltern von so genannten Kann-Kindern weiter zahlen lassen soll, findet sich allein im Text des Gesetzentwurfes selbst, nicht aber in der Bürgerschafts-Drucksache sowie in der Pressemeldung des Sozialsenators und der Schulsenatorin. Im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung des Bürgermeisters wurde die Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr für alle Kinder explizit versprochen."



SPD Kita-Expertin Carola Veit

Veit kritisierte, dass die Eltern so genannter "Kann-Kinder", also von Kindern, die nach dem 30.06. eines Jahres sechs Jahre alt werden, weiter Beiträge zahlen müssten. "Von dieser Einschränkung war nie die Rede, sie findet sich allein im Gesetzestext, aber nirgendwo in der Begleitmusik", so Veit.

"Ein Kind, das zum Beispiel am 15. Juli Geburtstag hat und im August eingeschult wird, war genauso lange in der Kita wie ein Kind, das am 30. Juni Geburtstag hat und im August zur Schule kommt", so Veit. Dass der Senat plane, diese Kinder ungleich zu behandeln, sei nicht nur unverständlich, sondern auch willkürlich und familienfeindlich.

"Im Zusammenhang mit der Einführung eines kostenlosen vorschulischen Jahres wird vereinbart, dass auch die entsprechende Basisversorgung im letzten Kita-Jahr von den Gebühren befreit ist; gebührenfrei sind fünf Stunden, exklusive Mittagessen."

Aus dem Koalitionsvertrag von CDU und GAL

"Es soll auf die individuellen Bildungsbiografien der Kinder ankommen - das bedeutet aber auch, dass die Kinder dann eingeschult werden, wenn es für sie am besten ist. Unabhängig von irgendwelchen Stichtagen", kritisiert Veit und meint: "Dass vor allem die so genannten Sommer-Kinder, die im Juli, August und September geboren werden, noch im selben Jahr eingeschult werden, ist gang und gäbe. Dass sich Eltern bei der Zeugung nicht um irgendwelche Stichtage aus dem Schulgesetz geschert haben, kann ihnen ja wohl jetzt nicht zum Nachteil gereichen!"

"(..) werden wir das kostenlose vorschulische Jahr in Kita und Vorschule einführen."

Aus der Regierungserklärung von Bürgermeister Ole von Beust vom 28.05.2008

Veit: "Ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen Jugendpolitiker aus CDU und GAL hier noch zur Vernunft kommen. Das Gesetz wird schließlich in der Bürgerschaft beschlossen. Wenn eine Senatsvorlage schlecht ist, müssen wir sie eben gemeinsam ändern".

Aus Kreisen der Koalition war auch darauf hingewiesen worden, dass die so genannten "Kann-Kinder" ja zur Vorschule gehen könnten, um beitragsfrei zu sein. Veit entgegnete, dieser Vorschlag "widerspricht der Wahlfreiheit der Eltern und eigener Aussagen der Koalition zur Gleichbehandlung beider Bildungseinrichtungen - mal abgesehen von Termin- und Raumfragen". ■

**Martin Schulz
und Franz Müntefering**

ENDSPURT!
**Kundgebung zur Europawahl
mit Knut Fleckenstein**

Freitag, 5. Juni, 12.00 Uhr
Gerhart-Hauptmann-Platz



Das Kurt-Schumacher-Haus packt an und ist bereit für den Wahlkampf. Mit zwei Bannern zeigt das Parteiquartier und die Wahlkampfzentrale der Hamburger SPD, dass nach dem Europawahlkampf vor dem Bundestagswahlkampf ist. Drum: Anpacken. Für unser Land."

poliTisch

Der SPD Politik Talk mit Fraktionschef Michael Neumann und dem SPD-Schulexperten Ties Rabe zur Schulreform:

"Hamburg macht Schule – aber wie?!"

Jeden 3. Sonntag im Monat,
11–13 Uhr Schauspielhaus-Kantine,
Kirchenallee 39, 20099 Hamburg

21. Juni

Anmeldung und Fragen:
poliTisch@spd-fraktion-hamburg.de

Bürgerschaftsfraktion
Hamburg **SPD**

STADTWERKE FÜR HAMBURG

am Freitag, den 12. Juni 2009,
16.00 - 19.00 Uhr
im Museum für Kommunika-
tion Hamburg, Gorch-Fock-
Wall 1, 20354 Hamburg

Begrüßung:

Michael Neumann Vorsitzender
der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Einführung:

Dr. Monika Schaal Umweltpoli-
tische Sprecherin der SPD-Bür-
gerschaftsfraktion

Kurzreferate:

**Stadtwerke – Vorteil für Ver-
braucherinnen und Verbrau-
cher?**

Dr. Holger Krawinkel Verbrau-
cherzentrale Bundesverband,
Leiter des Fachbereichs Bauen,
Energie, Umwelt

**Stadtwerke – Motor für Klima-
schutz?**

Ulrich Kelber, MdB Stellvertre-
tender Vorsitzender der SPD-
Bundestagsfraktion, Mitglied
des Aufsichtsrates der „Stadt-
werke Bonn Energie und Was-
ser GmbH“, Mitglied des Beira-
tes der Bundesnetzagentur,
Vorsitzender des parlamentari-
schen Beirates des Bundesver-
bandes Erneuerbare Energie e.V.

**Stadtwerke München – Vorbild
für Hamburg?**

Reinhard Büttner Geschäftsfüh-
rer Personal und Soziales der
Stadtwerke München und ihrer
Töchter

**Ahrensburg gibt Gas... alles aus
kommunaler Hand!**

Ursula Pepper Bürgermeisterin
der Stadt Ahrensburg
**Weichenstellungen für Ham-
burger Stadtwerke**
Jörn Schnutenhaus, RA Kanzlei
Schnutenhaus & Kollegen,
Energierichtskanzlei

Anmeldung telefonisch bitte
unter 040 - 42831 1325,
per Fax an 040 - 42831 2435
oder per E-Mail an

info@spd-fraktion-hamburg.de.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Hamburg, Ingo Egloff

V.i.S.d.P.:

Karin Timmermann

Redaktion

Bülent Ciftlik

**Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe:**

15. Juni 2009

Anschrift:

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

Layout:

darwitz-design@web.de